

Konsequenzen für die vorausschauende Außen- und Verteidigungspolitik Deutschlands aus dem "unerklärten" hybriden Krieg Russlands in der Ukraine

Khodyeyev, Illya

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Khodyeyev, I. (2020). Konsequenzen für die vorausschauende Außen- und Verteidigungspolitik Deutschlands aus dem "unerklärten" hybriden Krieg Russlands in der Ukraine. In J. Menzer (Hrsg.), *Deutschland und seine östlichen Nachbarn: Eine Studie zur Gestaltung einer "vorausschauenden Außenpolitik"* (S. 45-61). Opladen: Budrich UniPress Ltd. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-66514-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Konsequenzen für die vorausschauende Außen- und Verteidigungspolitik Deutschlands aus dem „unerklärten“ hybriden Krieg Russlands in der Ukraine

Illya Khodyeyev

Einleitung und Problembeschreibung

Nach dem Ende des Kalten Krieges spielte die Problematik der Landesverteidigung in ihrem klassischen Sinne für Deutschland verständlicherweise eine geringere Rolle als vor dem Ende der Ost-West-Konfrontation. So drehte sich eine der größten sicherheitspolitischen Debatten in der Bundesrepublik im Jahr 2011 um die Abschaffung der Wehrpflicht. Die Regierungsparteien argumentierten damals, dass sich die Sicherheitslage nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion deutlich verbessert habe. Man lebe nun in einem freien und vereinten Europa und in einer guten Nachbarschaft mit Russland. Als langfristige Vision mag diese Zielsetzung immer noch Bestand haben, ohne Zweifel.

Doch spätestens seit Februar 2014, als Russland das ukrainische Staatsgebiet auf der Halbinsel Krim in unmittelbarer Nachbarschaft zur EU besetzt hat und damit der sogenannte Russland-Ukraine-Konflikt¹ begann, haben sich die Sicherheitsparameter für ganz Europa und damit auch für Deutschland grundlegend verändert. Damit wurde die mit viel Mühe erschaffene und Jahrzehnte lang gepflegte Friedensordnung Europas, in die auch Russland als

1 Der Verfasser plädiert für eine konsequente Verwendung des Begriffs „Russland-Ukraine-Konflikt“ und nicht etwa „Ukraine-Konflikt“, da eine direkte und unmittelbare (personelle und militärisch-technische) Beteiligung Russlands als eine der beiden Konfliktparteien nicht nur von der NATO, sondern auch von der OSZE explizit bestätigt wurde (siehe dazu Kapitel 3, „Hybride Kriegsführung im Russland-Ukraine-Konflikt - neue Herausforderung für das außen- und sicherheitspolitische Handeln Deutschlands“). Auch die Bundesakademie für Sicherheitspolitik (2016) sowie die Bundeszentrale für politische Bildung (2015) verwenden einen ähnlichen Begriff. Siehe dazu: Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Seminar: Strategische Vorausschau in der Praxis, 14. Juli 2016, <https://www.baks.bund.de/de/aktuelles/seminar-strategische-vorausschau-in-der-praxis> (zuletzt geöffnet: 15. Juli 2019); Bundeszentrale für politische Bildung, Örtliche Selbstverwaltung / Klimaschutz, in: Dossier Ukraine; Ukraine-Analysen, 13. Mai 2015, <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/206973/oertliche-selbstverwaltung-klimaschutz-13-05-2015> (zuletzt geöffnet: 15. Juli 2019)

gleichberechtigter Partner eingebunden war,² nicht etwa rhetorisch in Frage gestellt, sondern tatsächlich mit militärischer Gewalt gebrochen. Der Konflikt zeigt bisher, dass die demokratische Weltgemeinschaft jederzeit bereit sein muss, ihre Werte gegen hybride und „für besondere Aufgaben“ ausgebildete Streitkräfte ohne Hoheitsabzeichen zu verteidigen. Im Notfall auch mit militärischen Mitteln.

Daraus ergibt sich zum einen die Notwendigkeit, sich mit den Gründen des seit fünf Jahren anhaltenden Konflikts auseinanderzusetzen. Zum anderen stellt der Konflikt eine enorme Herausforderung für die deutsche Außen- und Verteidigungspolitik dar, bei der es darum geht, die Sicherheitsordnung in Europa wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten. Um die notwendigen Konsequenzen ziehen zu können, ist es zielführend, den Hergang der Ereignisse kurz zu rekonstruieren und diese in die gesamte langfristige Problematik der russisch-ukrainischen-Beziehungen einzubetten.

Hintergründe der Krise

In der Ukraine haben sich die Bürger im Winter 2013-2014 auf dem Zentralplatz der Hauptstadt Kiew - dem „Majdan“ - sowie in vielen anderen Städten für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, einen proeuropäischen Kurs ihres Landes sowie gegen die omnipräsente Korruption ausgesprochen. Der Auslöser für die Proteste war die plötzliche Weigerung des damaligen Präsidenten Wiktor Janukowitsch auf Druck Moskaus,³ das ausgehandelte Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der EU zu unterzeichnen. Daraufhin leisteten Janukowitsch und seine Regierung erwartungsgemäß heftigen Widerstand und hatten durch den unverhältnismäßig übertriebenen Einsatz von Gewalt gegen die Bürger ihre Legitimation verloren.⁴

- 2 Mit der NATO-Grundakte definierten sich die NATO und Russland als strategische Partner.
- 3 Aus Sicht von Vladimir Putin würde die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zu viele Nachteile für das Wohlergehen der ukrainischen Bürger und des ukrainischen Staates mit sich bringen.
- 4 Juristisch gesehen hat sich Wiktor Janukowitsch seinen Amtspflichten entzogen und übe das Amt nicht weiter aus. Der Grund für die Flucht Janukowitschs „dürfte nach Einschätzung der Bundesregierung vor allem die Angst davor gewesen sein, für die durch die Sicherheitskräfte auf dem Majdan begangenen Verbrechen sowie Korruptionsdelikte strafrechtlich zur Verantwortung gezogen zu werden“. Die Umstände, unter denen Janukowitsch in der Nacht vom 21. auf den 22. Februar 2014 Kiew verließ sowie sein Verhalten danach „lassen aus Sicht der Bundesregierung die Entscheidung des ukrainischen Parlaments, er habe sich seinen Amtspflichten entzogen und übe das Amt nicht weiter aus, als berechtigt erscheinen“. Vergleiche dazu: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Deutung des Ukraine-Konfliktes, Auswärtiges/Antwort – 28. Mai 2015, hib 219/2015, https://www.bundestag.de/presse/hib/2015_04/-/371952 (zuletzt geöffnet: 3. Januar 2019). Hinzu kommt ein weiterer wichtiger Umstand: Da Präsident Wiktor Janukowitsch die

Als Wiktor Janukowitsch das Land in Zeiten einer schweren Krise fluchtartig verließ, hat ihn das ukrainische Parlament am 22. Februar 2014 mit großer Mehrheit für abgesetzt erklärt. In einer Sondersitzung legten die Abgeordneten zudem den 25. Mai 2014 als Termin für die vorgezogene Präsidentschaftswahl fest.⁵ Der Wahlsieger Petro Poroschenko hatte bei der Präsidentschaftswahl am 25. Mai 2014 nach Einschätzung von unparteiischen Wahlbeobachtern der OSZE die uneingeschränkte Legitimation erhalten.

Diesen Hergang versucht Russland als einen von den USA beziehungsweise der EU finanzierten gewaltsamen Umsturz (Staatsstreich) zu präsentieren und nicht als Zivilcourage eines mündigen Volkes - eine Sichtweise, die von der staatlichen russischen Propaganda vertreten wird. Diese Behauptung haben Alice Bota und Kerstin Kohlenberg (2015) zum Anlass für ihren Beitrag genommen und bezweifeln zu Recht, ob man mit Geld die Menschen dazu bringen kann, in wochen- und monatelangen Kämpfen ihr Leben auf dem Majdan zu riskieren? Präsident Putin scheint das allerdings zu glauben und sieht in jeder Zuwendung aus dem Ausland eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes. Umgekehrt aber investiert Russland seit der „Orangen Revolution“ 2004 selbst in eine Reihe von NGOs, mit denen der russische Einfluss im Ausland ausgebaut werden soll. Seit 2012 fließen jährlich allein 130 Millionen Dollar in Organisationen, die in post-sovjetschen Ländern und auf dem Balkan tätig sind, vor allem aber in der Ukraine. Die Tendenz ist steigend. Das geht aus einer Studie von Chatham House (2016) „Agents of the Russian World. Proxy Groups in the Contested Neighbourhood“ hervor.⁶ Die Studie beschreibt ein gewaltiges Netzwerk im Dienst Russlands, das versuche, durch Feindbilder, Bedrohungsszenarien und Manipulationen auf die Bevölkerungen einzuwirken und sie gegen den Westen einzunehmen, so die Einschätzungen der beiden Journalisten.⁷

Hauptstadt Kiew am 22. Februar 2014 fluchtartig verlassen hat, war ein Impeachment-Verfahren, wie in der ukrainischen Verfassung vorgesehen, nicht möglich. Zu diesem Ergebnis kommt auch die deutsche Bundesregierung. Vergleiche dazu: Deutscher Bundestag, Beteiligung der extremen Rechten an der ukrainischen Regierung, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sevim Dagdelen, Dr. Sahra Wagenknecht, Annette Groth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke, Drucksache 18/1091, 2014, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/012/1801222.pdf> (zuletzt geöffnet: 3. Januar 2019)

- 5 Der damalige Oppositionspolitiker Arsenij Jazenjuk war am 27. Februar 2014 als Chef der ukrainischen Übergangsregierung vom Parlament bestätigt worden. Er wurde mit 371 von 450 Stimmen gewählt.
- 6 Orysia Lutsevych, Agents of the Russian World. Proxy Groups in the Contested Neighbourhood, Research Paper, Chatham House, 2016, https://www.chathamhouse.org/sites/files/chathamhouse/publications/research/2016-04-14-agents-russian-world-lutsevych-embargoed.pdf?dm_i=1TY5,45KJB,LAB9R3,F3T97,1 (zuletzt geöffnet: 15. Juli 2019)
- 7 Bota, Alice/Kohlenberg, Kerstin: Haben die Amis den Maidan gekauft? Die USA gaben in der Ukraine über Jahr-zehnte Milliarden aus. Wohin floss das Geld?, Die Zeit, Nr. 20/2015,

Diese Aktivitäten basieren auf einer grundsätzlichen Problematik. Putins Äußerungen und seine Außenpolitik gegenüber dem Nachbarstaat Ukraine machen deutlich, dass

„er die ukrainische Staatlichkeit dort klar in Frage stellt, wo sich seiner Meinung nach mehrheitlich „russische Bürger“⁸ aufhalten.“⁹

André Härtel spricht von „Wladimir Putins völkischer Raumwahrnehmung“,¹⁰ aus der sich eine auf hybrider Kriegführung basierende Interventionspolitik als eine logische Konsequenz ableiten lässt.¹¹ Das hat eine lange (geo-)politische, wissenschaftliche und kulturelle Tradition. Bereits im Jahr 2000 hat ein in Russland einflussreicher Politologe und politischer Philosoph, Alexander Dugin, dem nachgesagt wird, dass er die Politik des Kremls mit seiner Ideologie beeinflusst,¹² in seinem Werk „Grundlagen der Geopolitik“ in Bezug auf die Ukraine formuliert:

„Die Existenz der Ukraine innerhalb der heutigen Grenzen und mit dem jetzigen Status eines „souveränen Staates“ lässt sich mit einem ungeheuren Schlag gegen die geopolitische Sicherheit Russlands, mit einer Intervention in sein Staatsgebiet, gleichsetzen. Eine weitere Existenz des Einheitsstaates Ukraine ist unzulässig.“¹³

13. Mai 2015, [www.zeit.de/2015/20/ukraine-usa-maidan-finanzierung/komplettansicht_\(zuletzt_oeffnet:15.Juli.2019\)](http://www.zeit.de/2015/20/ukraine-usa-maidan-finanzierung/komplettansicht_(zuletzt_oeffnet:15.Juli.2019))

- 8 In der Wirklichkeit sind alle russischsprachigen Einwohner der gesamten Ukraine gemeint. Nur so lässt sich erklären, warum Russland seine militärische Aggression gegenüber der Ukraine konsequent als „Bürgerkrieg im Süd-Osten der Ukraine“ sowie „Völkermord an der russischstämmigen Bevölkerung“ bezeichnen will.
- 9 Härtel, André: Wo Putins Russland endet. „Novorossija“ und die Entwicklung des Nationsverständnisses in der Ukraine, Auslandsinformationen online, Nr. 2/2016, S. 8, Konrad-Adenauer-Stiftung, http://www.kas.de/wf/doc/kas_45677-544-1-30.pdf?160725112025 (zuletzt geöffnet: 15. Juli 2019)
- 10 Ebenda, S. 3
- 11 Deshalb war die Entwicklung auf der Krim in keiner Weise überraschend. Bereits 2008 gab es erste Berichte darüber, dass die russische Seite keine konkreten vorbereitenden Maßnahmen trifft, um mit ihrer Schwarzmeerflotte die Halbinsel, wie vertraglich vorgesehen, bis 2017 zu verlassen. Bereits damals oder sogar früher, dürften die Verantwortlichen im Kreml über eine alternative Lösung nachgedacht haben, falls die ukrainische Führung der Vertragsverlängerung nicht zustimmen sollte.
- 12 Holm, Kerstin, Auf diesen Mann hört Putin, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Juni 2014, www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/auf-diesen-mann-hoert-putin-12991924.html (zuletzt geöffnet: 15. Juli 2019)
- 13 Übersetzung aus dem Russischen durch den Autor. Originalzitat (russ.): „Существование Украины в нынешних границах и с нынешним статусом «суверенного государства» тождественно нанесению чудовищного удара по геополитической безопасности России, равнозначно вторжению на ее территорию. Дальнейшее существование унитарной Украины недопустимо.“, siehe: Dugin, Alexander, Osnovy geopolitiki (russ. „Основы геополитики“ / „Grundlagen der Geopolitik“), Moskau: Arktogeja-Centr, 2000, S. 217

Bemerkenswert ist, dass die Formulierung „Existenz der Ukraine“ in der Schrift mehrmals vorkommt. Ob sich dieses Gedankengut in der tatsächlichen Politik Russlands gegenüber der Ukraine wiederfinden lässt, ist spätestens seit der Besetzung der Krim keine Frage mehr. Hinzu kommt die Tatsache, dass Präsident Putin, sein Umfeld und ein großer Teil der politischen Elite in Russland die Ukraine nicht als einen souveränen Staat anerkennen.¹⁴ Eine langfristige adäquate Reaktion muss diese Umstände berücksichtigen. Sie machen eine konstruktive Zusammenarbeit langfristig äußerst schwierig, denn die wichtigsten Grundlagen der internationalen Beziehungen, das Vertrauen und die Achtung des Völkerrechts, sind nicht mehr gewährleistet. So wird zwar von russischer Seite ein Interesse an der Umsetzung des Minsker Abkommens immer wieder offiziell bekundet, in der Wirklichkeit jedoch wird das Gegenteil bewiesen: die Destabilisierung der Ukraine wird mit den Mitteln hybrider Kriegführung weiter vorangetrieben, auch zum eigenen wirtschaftlichen Schaden und zum Schaden der eigenen Bevölkerung.

Relevanz für die deutsche Außenpolitik

Der Russland-Ukraine-Konflikt beeinflusst die deutsche Politik sicherheitspolitisch, wirtschaftlich sowie in Fragen der Energiepolitik. Zunächst soll auf den sicherheits- und verteidigungspolitischen Aspekt eingegangen werden.

Die Hybride Kriegführung im Russland-Ukraine-Konflikt - neue Herausforderung für das außen- und sicherheitspolitische Handeln Deutschlands

Man mag dahingehend Recht haben, dass sich die Bedrohungslage seit dem Ende des Kalten Krieges beziehungsweise der Ost-West-Konfrontation geändert hat, so dass es sich um eine andere Art der Konfrontation handelt. Zu glauben, dass diese Konfrontation vollständig der Vergangenheit angehört, ist ein Irrtum.

14 Siehe dazu unter anderen: The Moscow Times, Putin Hints at Splitting Up Ukraine, 8. April 2008; Putin im Rahmen der Tagung der „Allrussischen Volksfront“ am 25. Januar 2016, Kreml, www.kremlin.ru/events/president/news/51206 (zuletzt geöffnet am 15. Juli 2019)

Insbesondere seit dem Russland-Ukraine-Konflikt ist in Sicherheitskreisen von sogenannter „hybrider Kriegsführung“ beziehungsweise „hybriden Bedrohungen“ die Rede. Die wichtigsten Bestandteile dieser Kriegsart sind:

- eine gezielte und konsequente Verwischung von Grenzen zwischen Krieg und Frieden,
- wirtschaftlicher Druck, Cyberangriffe,
- Propaganda über das Internet, beispielsweise über Youtube, Facebook und andere Medien,
- gesellschaftliche Destabilisierung, kleine vereinzelte Terroranschläge oder sogenannte „Diversionen“ verteilt auf das ganze Staatsgebiet,¹⁵
- Ansammlung von Truppen und Militärtechnik und ihre Versetzung in volle Kampfbereitschaft, verbunden mit der Abhaltung von groß angelegten Übungsmanövern in unmittelbarer Nähe der Landesgrenze des Zielstaates,
- Beschuldigung des Zielstaates in Handlungen, die der Aggressor selbst vollzieht, beispielsweise Propaganda, militärische Aggression und Provokation, und
- als wichtigstes Mittel jedoch die Leugnung der eigenen unmittelbaren und aktiven Beteiligung eines Staates mit seiner regulären Armee beziehungsweise mit Spezialkräften als Konfliktpartei.¹⁶

Deshalb vermeidet Russland die Formulierung „Russland-Ukraine-Konflikt“ und präsentiert die Krise in den eigenen staatlich kontrollierten Medien als einen rein innerukrainischen Konflikt. Trotzdem wird eine direkte und unmittelbare Beteiligung Russlands als eine der beiden Konfliktparteien nicht nur von der NATO, sondern auch von der OSZE, beispielsweise vom stellvertretenden Leiter der Sonderbeobachtungsmission der OSZE in der Ukraine, Alexander Hug, explizit bestätigt:

„Wir haben diverse Male gesehen, dass sich Personen in nicht von der Regierung kontrolliertem Gebiet bewegen, die Insignien der Russischen Föderation tragen; wir haben Waffensysteme gesehen, die die Ukraine nicht besitzt; wir

15 Dazu gehören beispielsweise systematische Sprengungen der Gleise an wichtigen Eisenbahnverbindungen, und zwar nicht nur im umkämpften Gebiet. Letzteres dient unter anderem der Verunsicherung der Bevölkerung und fördert den Eindruck, die einheimische Regierung sei nicht in der Lage, für die Sicherheit der eigenen Bürger zu sorgen. Die hybride Kriegsführung funktioniert somit nach dem Prinzip der moralischen Destabilisierung und der „Zersetzung von innen“.

16 Der russische Präsident Vladimir Putin bezeichnete die massive Präsenz von russischen Truppen ohne Abzeichen auf der ukrainischen Halbinsel Krim im Februar und März 2014, die zunächst das Parlament der Krim stürmten und sämtliche strategische Objekte unter ihre Kontrolle brachten, als „örtliche Selbstverteidigungskräfte“ und verwies darauf, dass jeder heutzutage eine Militäruniform überall im Einzelhandel käuflich erwerben kann. Ein ähnliches Szenario spielt sich seit April 2014 im Osten der Ukraine ab.

haben massive Bewegungen von Material – LKW, Panzer und anderen militärischen Mitteln – von Osten nach Westen gesehen. In Kiew haben wir zwei Personen befragt, die aussagten, dass sie Teil einer aktiven Einheit der russischen Armee waren und auf Rotationsbasis in die Ukraine geschickt wurden. Es ist nicht an uns, Schlussfolgerung zu ziehen – das obliegt den OSZE-Mitgliedsstaaten. Es ist aber wichtig anzufügen, dass diese Beobachtungen von keiner Seite bestritten werden.“¹⁷

Die Botschaft an die an die EU und an Deutschland lautet deshalb: Alles ist zu jeder Zeit möglich! Die Angst der baltischen Staaten und Polens, dass auch bei ihnen mehrere Tausend „örtliche Selbstverteidigungskräfte“ - auch als „(hybride) grüne Männchen“ bekannt - plötzlich die Kontrolle über strategische Objekte übernehmen, ist deshalb mehr als begründet.¹⁸

All dies legt eine hohe Relevanz der Krise rund um die Ukraine für die Bundesrepublik nahe und erfordert zum einen ein genaues Verständnis der Ereignisse und zum anderen eine angemessene Reaktion.

Die zentrale Konsequenz für die Sicherheitsexperten hierzulande ist, dass der Konflikt der präventiven Wirkung von Militär in Form der Abschreckung wieder eine neue Relevanz beimisst. Dieser Umstand zwingt dazu, die Rolle

17 Hug, Alexander, „Dass wir mehr sehen, gefällt nicht allen“, Interview von n-ost-Korrespondent Stefan Schocher mit dem stellvertretenden Leiter der Sonderbeobachtungsmission der OSZE in der Ukraine, Wien, 23. Juni 2015, https://ostpol.de/beitrag/4330-dass_wir_mehr_sehen_gefaellt_nicht_allen (zuletzt geöffnet: 15. Juli 2019), siehe auch: Schocher, Stefan, OSZE-Chef-Beobachter ist "vorsichtig optimistisch", Kurier, 16. Juni 2015, <http://kurier.at/politik/ausland/dass-wir-mehr-sehen-gefaellt-nicht-allen/136.248.837> (zuletzt geöffnet: 15. Juli 2019)

18 Zu einer ähnlichen Einschätzung kommen auch die teilnehmenden Länder des letzten NATO-Gipfels in Warschau. In der Erklärung der NATO-Ukraine-Kommission auf Ebene der Staats- und Regierungschefs vom 9. Juli 2016 heißt es im Punkt 2: „(...) hat Russland sein aggressives Vorgehen zur Untergrabung der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit und der Sicherheit der Ukraine unter Verletzung des Völkerrechts fortgesetzt. Diese Entwicklungen haben ernste Auswirkungen auf die Sicherheit und Stabilität des gesamten euro-atlantischen Raumes.“. Im Punkt 5 wird weiter aufgeführt: „(...) Russland schürt im Osten der Ukraine noch immer einen Zustand ständiger Instabilität, was zum Verlust von nahezu 10 000 Menschenleben im Donbass geführt und der Ukraine einen beträchtlichen Teil ihrer Wirtschaftsleistung genommen hat. (...)“. Daraus ergeben sich im Punkt 6 entsprechende Forderungen: „(...) Wir rufen Russland auf, seine politische, militärische und finanzielle Unterstützung der militanten Kämpfer zu beenden und seine Verpflichtungen aus dem Maßnahmenpaket von Minsk umzusetzen, und zwar unter anderem seine Streitkräfte und sein militärisches Gerät aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine abziehen und der Ukraine zu ermöglichen, die vollständige Kontrolle über ihre Staatsgrenzen wiederherzustellen. (...)“. Siehe dazu: NATO-Ukraine-Kommission, Gemeinsame Erklärung der NATO-Ukraine-Kommission auf Ebene der Staats- und Regierungschefs, Warschau, 9. Juli 2016 (Übersetzung im Rahmen des NATO-Gipfels in Warschau), 9. Juli 2016, http://www.nato.diplo.de/contentblob/4845612/Daten/6705973/20160709_bersetzung_GemeinsameErklärungNATOUkraineKommission_aufEbene_derStaats_und_Regierungschefs.pdf (zuletzt geöffnet: 30. Oktober 2016)

des Militärs neu zu definieren und darüber nachzudenken, welche Unterstützung die Bundeswehr und die NATO angesichts von hybriden Bedrohungen ähnlich wie in der Ukraine mit Cyberangriffen, Propaganda und gesellschaftlicher Destabilisierung,¹⁹ aber auch bei „klassischer“ militärischer Aggression jeglicher Art anbieten können.

Wirtschaftssanktionen und Energiepolitik

Der Konflikt zwischen zwei ehemaligen Sowjetrepubliken, Russland und der Ukraine, hat auch unmittelbare wirtschaftliche Konsequenzen für Deutschland. So bezeichnete Bundeskanzlerin Angela Merkel die Entscheidung für Sanktionen gegen Russland als unumgänglich. Sie erklärte, die EU-Staats- und Regierungschefs hätten immer wieder darauf hingewiesen,

„dass Sanktionen kein Selbstzweck sind, sondern nur beschlossen werden, wenn es unvermeidlich ist“.²⁰

Der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Ulrich Grillo, sagte bei einem Spitzengespräch der Verbände mit Angela Merkel in München,²¹ es müsse dabei klar sein, dass Sanktionen zwar negative Wirkungen sowohl für Russland als auch für Deutschland und die EU haben, doch dem Völkerrecht sei in dieser Situation eindeutig der Vorrang zu gewähren. Abgesehen von den Sanktionen geht Bundeskanzlerin Angela Merkel generell davon aus, dass es wegen der Ereignisse in der Ukraine und auf der Krim „eine neue Betrachtung der gesamten Energiepolitik geben wird“. Zum Teil gebe es in der EU eine hohe Abhängigkeit von Öl und Gas aus Russland. Europa werde einheitlich handeln. Dazu gehöre auch eine neue Betrachtung der gesamten Energiepolitik.²²

19 Linnenkamp, Hilmar/Mölling, Christian: Das Weißbuch zur Verteidigungspolitik. Innere Herausforderungen bestimmen in größerem Maße über die Möglichkeiten deutscher Verteidigungspolitik als das strategische Umfeld, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell, Berlin, 21. Februar 2015, S. 4, www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A21_inl_mlg.pdf (zuletzt geöffnet: 15. Juli 2019)

20 EU-Sanktionen gegen Russland. Kein Selbstzweck, sondern unvermeidbar, Bundesregierung, Berlin, 1. August 2014, <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/07/2014-07-29-eu-sanktionen.html> (zuletzt geöffnet: 14. August 2016)

21 Wirtschaft unterstützt Regierung gegen Russland, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. März 2014, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/wirtschaft-unterstuetzt-regierung-gegen-russland-12846861.html> (zuletzt geöffnet: 15. Juli 2019)

22 Nato stellt Kooperation mit Russland ein, Bundesregierung, Berlin, 4. April 2014, <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/04/2014-04-03-lage-in-der-ukraine.html> (zuletzt geöffnet: 14. August 2016)

Der Rahmen für das außenpolitische Handeln Deutschlands

Der Maßstab für das außenpolitische Handeln Deutschlands ist eng mit der sogenannten „deutschen Frage“ und dem *Zivilmachtkonzept* verbunden, das bestimmte Prinzipien des außenpolitischen Handelns vorsieht. Das Zivilmachtkonzept ist auf die Definition von Sebastian Harnisch und Hanns Maull (2001)²³ zurückzuführen und enthält folgende Grundsätze: die Förderung gewaltfreier Mittel der Konfliktlösung und das Bemühen darum, die Anwendung von Gewalt zur Lösung politischer Konflikte zu minimieren sowie die Stärkung des Völkerrechts und der multilateralen Institutionen sowie die Bereitschaft zur Übertragung von Souveränitätsrechten auf internationale Organisationen und zur Förderung der Demokratisierung in den internationalen Beziehungen.

Zum anderen ist eines der Prinzipien des Zivilmachtbegriffs nach Kenneth Twitchett (1976) und Hanns Maull (1990) relevant: die Bereitschaft zur Förderung rechtsverbindlicher supranationaler Institutionen, um international Fortschritte zu erzielen.^{24 25}

Die Entwicklungen der letzten 26 Jahre zeigen, dass ein kontinuierliches machtbewusstes und ausgewogenes Verhalten der Bundesrepublik in Kombination mit der Einbettung in das europapolitische Konzept und dem Einsatz für die europäische Integration die Antwort auf die deutsche Frage gewesen sind. Heute haben die europäischen Partnerstaaten Deutschlands mittlerweile mehr Sorge vor einem schwachen als vor einem zu starken Deutschland.²⁶ Dabei verfügt die Bundesrepublik über verschiedene Einflussmöglichkeiten:

- 23 Harnisch, Sebastian/Maull, Hanns W., Einleitung, in: Harnisch, Sebastian / Maull, Hanns W. (Hrsg.): *Germany as a Civilian Power. The foreign policy of the Berlin Republic*, Manchester, Manchester University Press, 2001, S. 1-9
- 24 Twitchett, Kenneth J. (Hrsg.), *Europe and the world: The external relations of the Common Market*. New York: St. Martin's Press, 1976
- 25 Maull, Hanns, *Germany and Japan: The New Civilian Powers*, *Foreign Affairs*. Nr. 69, 1990, S. 91-106
- 26 „(...) Ja, wir haben große Schwierigkeiten, uns auf die neue Lage nach dem Ende des Kalten Krieges einzustellen. Während des Kalten Krieges waren wir vor allem Konsument kollektiver Sicherheitsanstrengungen. Heute erwarten unsere Partner ein stärkeres Engagement Deutschlands dabei, Sicherheitsstrukturen zu schaffen.“, zit. in: Klose, Hans-Ulrich/Polenz, Ruprecht: *Wahre Werte, falsche Freunde. Deutschlands Partner sitzen im Westen: eine Erinnerung aus gegebenem Anlass*, *Internationale Politik (IP)*, September/Oktober 2011. S. 18-27

von Diplomatie, über Wirtschaftssanktionen bis hin zu präventiven militärischen Maßnahmen.

Handlungsoptionen deutscher Außenpolitik

Aus den erläuterten Zusammenhängen und Hintergründen lassen sich drei zentrale Handlungsoptionen für die deutsche Außen- und Verteidigungspolitik ableiten.

Handlungsoption 1: Stabilisierung der Ukraine, Unterstützung der ukrainischen Staatlichkeit und des Reformkurses, engere Kooperation mit der EU

Wenn Deutschland keinen dauerhaften Instabilitätsfaktor vor der eigenen Haustür beziehungsweise vor Haustür Europas haben will, muss es den oben aufgezeigten langfristigen Plänen Russlands in Bezug auf die Ukraine Rechnung tragen und die Ukraine bei der Wahrung ihrer Staatlichkeit und Souveränität unterstützen. Dies kann in verschiedenster Weise erfolgen. Bereits heute gibt es ein Bündel an Maßnahmen und Projekten, wie beispielsweise das „High Level Experts Programme“ (HLEP) des Auswärtigen Amtes oder die „Akademie für Gute Regierungsführung und Empowerment in Europa“ (AGREE) der Europäischen Akademie Berlin, die sich an die Entscheidungsträger richten und den demokratischen Transformationsprozess in der Ukraine unterstützen.

Auf der europäischen Ebene sollte die Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) und insbesondere der Östlichen Partnerschaft (ÖP) intensiviert werden. Das unterzeichnete Assoziierungsabkommen kann hierfür als ein besonders gut geeignetes Instrument genutzt werden. Langfristig sollten die Reformanstrengungen der ukrainischen Regierung einerseits tatkräftig unterstützt und andererseits sehr genau beobachtet und streng kontrolliert werden. Auch die Nichtanerkennungspolitik gegenüber der von Russland annektierten Halbinsel Krim muss konsequent fortgeführt werden.²⁷ Deutschland sollte sich außerdem dafür einsetzen, dass

27 In diesem Zusammenhang betonen Schneider und Saurenbach: „Das grundsätzliche Interesse des Westens an der Ukraine bezieht sich auf die Wahrung der Unabhängigkeit des Landes von Rußland.“, Schneider, Eberhard/Saurenbach, Christoph, Ukraine – die zweite Transformation, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell 59, 2004, www.swp-

auch andere Staaten das vorübergehend besetzte ukrainische Staatsgebiet auf der Krim nicht als russisches Territorium anerkennen.

Handlungsoption 2: Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Ukraine

Die Bundesrepublik sollte des Weiteren die Ukraine dabei unterstützen, ihre Verteidigungsfähigkeit zu stärken, denn man kann mit Sicherheit davon ausgehen, dass der Faktor Russland immer präsent bleiben wird. Warum sollte Deutschland das tun? Eine der Voraussetzungen für die offene Aggression durch Russland war, dass der ukrainische Staat Anfang 2014 nicht in der Lage gewesen ist, sich zu verteidigen. Das war das Ergebnis der Bemühungen des prorussischen Präsidenten Wiktor Janukowitsch: Lediglich 3000 bis 5000 Soldaten waren zum Ende seiner Amtszeit einsatzbereit und das bei 44 Millionen Einwohnern. Dies war für Präsident Putin offenbar der richtige Zeitpunkt, seine geopolitischen Ziele bezüglich der Ukraine nun auch mit militärischer Gewalt zu verfolgen. Es muss sich deshalb um eine langfristig angelegte Stärkung der Verteidigungsbereitschaft handeln, damit die reformierten staatlichen Strukturen nicht wieder geschwächt werden, falls die jetzige proeuropäische und reformwillige ukrainische Regierung abgewählt werden sollte. Deshalb ist eine grundsätzliche Stärkung der Demokratie und der Zivilgesellschaft das beste Mittel gegen die Destabilisierungspolitik Moskaus. Hier sind die politischen und andere deutsche Stiftungen gefragt, deren Finanzierung langfristig gewährleistet werden sollte. Nur so sichert sich Deutschland eine stabile Nachbarschaft.

Im Fall einer dauerhaften positiven Entwicklung des Reformkurses wäre in der Zukunft eine Beitrittsperspektive zur NATO für die Ukraine zu überprüfen, denn die fehlende Beitrittsperspektive zur NATO hat zum militärischen Konflikt mit Russland geführt und dem Bündnis sowie der EU geschadet. Um in der Zukunft diesen Schaden abzuwenden, sollte sich Deutschland deshalb für eine faire und sachliche Beurteilung einer Beitrittsperspektive einsetzen. Bis dahin ist die Kooperation im Verteidigungs- und Rüstungssektor zwischen der EU beziehungsweise Deutschland und der Ukraine zu intensivieren.

Auch hier kann Deutschland als NATO-Mitglied mit seiner umfangreichen Erfahrung, beispielsweise im Rahmen gemeinsamer Militärübungen, eine große Hilfe für die ukrainische Armee sein, welche faktisch erst seit 2014 existiert. Weiterhin sollten Lieferungen von nicht letalem militärischem Gerät zu Verteidigungszwecken in Erwägung gezogen werden, beispielsweise

se Militärtransporter und Radarsysteme, wie diese bereits von den USA an die Ukraine geliefert werden.²⁸ Denn eine mögliche Lösung des Konflikts liegt nach Einschätzung von Reinhard Vesper deshalb in weiter Ferne, weil ein gerechter Frieden eine Niederlage für diejenigen bedeuten würde, die den Krieg begonnen haben: Russland und die „Separatisten“. Deswegen sabotieren sie auch die Verwirklichung der Vereinbarung von Minsk, die zum Frieden führen sollte.²⁹ Aus diesem Grund ist die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Ukraine so wichtig.

Handlungsoption 3: Stärkung der Rolle Deutschlands im NATO-Bündnis, verbunden mit der Konsolidierung der EU und der Aufrechterhaltung der Sanktionen gegen Russland

Die russische Annexion der Krim hat die Neugestaltung des euroatlantischen Sicherheitsraums zu einer der wichtigsten sicherheitspolitischen Herausforderungen gemacht.³⁰ Deutschland wird sich an der Diskussion darüber beteiligen müssen, wie eine angemessene Antwort auf sich wandelnde Konfliktformen wie die hybride Kriegsführung aussieht.^{31 32} Mit Blick auf diese nega-

28 Dies wird auch hierzulande hauptsächlich von den Politikern der Union in Erwägung gezogen. Siehe dazu: Schuller, Konrad/Freidel, Morten/Carstens, Peter: Politiker fordern Waffen für die Ukraine, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. August 2016, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/krieg-im-donbass-politiker-fordern-waffen-fuer-die-ukraine-14386587.html> (zuletzt geöffnet: 15. Juli 2019)

29 Vesper, Reinhard, Friedenssaboteure, Kommentar, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01. August 2016, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/kommentar-friedenssaboteure-14365975.html> (zuletzt geöffnet: 15. Juli 2019)

30 Diese Erkenntnis hat ihren Platz im Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr gefunden: „Durch seine auf der Krim und im Osten der Ukraine zutage getretene Bereitschaft, die eigenen Interessen auch gewaltsam durchzusetzen und völkerrechtlich garantierte Grenzen einseitig zu verschieben, stellt Russland die europäische Friedensordnung offen in Frage. Dies hat tiefgreifende Folgen für die Sicherheit in Europa und damit auch für die Sicherheit Deutschlands.“; „Russland wendet sich dabei von einer engen Partnerschaft mit dem Westen ab und betont strategische Rivalität. International präsentiert sich Russland als eigenständiges Gravitationszentrum mit globalem Anspruch. (...) Ohne eine grundlegende Kursänderung wird Russland somit auf absehbare Zeit eine Herausforderung für die Sicherheit auf unserem Kontinent darstellen.“, Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr, Bundesministerium der Verteidigung, Berlin, 2016, S. 3ff., <https://www.bmvg.de/resource/blob/13708/015be272f8c0098f1537a491676bfc31/weissbuch2016-barrierefrei-data.pdf> (zuletzt geöffnet: 15. Juli 2019)

31 Orientierungsrahmen für die Forschung 2015/2016, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, S. 13, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/sonstiges/orientierungsrahmen2015_16.pdf (zuletzt geöffnet: 15. Juli 2019)

tive Entwicklung sollten die wirtschaftlichen Sanktionen verlängert werden, bis das Abkommen von Minsk vollständig umgesetzt wurde und die Ukraine die vollständige Kontrolle über ihre Staatsgrenze wiederhergestellt hat.

In den internationalen Beziehungen ist es zielführend, die Denklöge des Gegenübers zu verstehen. In diesem Fall handelt es sich um den ehemaligen KGB-Offizier Wladimir Putin, der seine Ziele mit militärischer Gewalt durchsetzt. Offenbar versteht Putin nur die Sprache der Stärke und nicht die Sprache des Rechts, denn Gewalt wird als Mittel der gegenwärtigen russischen Politik rücksichtslos eingesetzt. Dieser Herausforderung kann der Westen nicht mit Appellen und Aufrufen begegnen, sondern ebenfalls nur mit Stärke. Diese Stärke sollte durch wirtschaftliche Sanktionen und Geschlossenheit der europäischen Partner und durch Abschreckung durch die NATO zum Ausdruck gebracht werden. Nur so kann es bei der diplomatischen Lösung des Konflikts bleiben.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit für die Bundesrepublik, ihre Rolle in der NATO stärker und selbstbewusster wahrzunehmen und die östlichen Partnerstaaten, in erster Linie die baltischen Staaten, stärker zu unterstützen und ihnen mit konkreten Maßnahmen mehr Sicherheit zu geben. Es ist ein Irrtum zu denken, dass mehr Zurückhaltung seitens des Bündnisses oder seitens der Bundesrepublik zu mehr Zurückhaltung Russlands führen würde. Die NATO hat sich ohnehin bis jetzt bei der Aufnahme der Ukraine und Georgiens zurückhaltend verhalten. Gleichzeitig steigt nicht nur die Zahl der Militärmanöver, sondern auch die der Luftraumverletzungen Russlands gegenüber der EU. Allein im Jahr 2014 wurden mehr als 400 russische Militärflugzeuge abgefangen, die sich dem Luftraum der NATO gefährlich genähert haben. Dies waren vier Mal so viele Flugzeuge als im Jahr 2013.³²

Die Konsolidierung der EU und die Aufrechterhaltung der Sanktionen gegen Russland sind genauso wichtig, wie die Stärkung des NATO-Bündnisses, denn heute sind wirtschaftliche Instrumente enorm wirksam. Generell muss die Rolle der EU gestärkt werden. Ob Energie, Klima, Finanzmärkte, Wettbewerb oder Verteidigung – nur europäische Kooperation und nicht nationale Alleingänge werden dabei helfen, die Regeln für die multilaterale Weltordnung mitzugestalten. Je stärker es gelingt, als Europäische Union mit einer Stimme zu sprechen, umso größer ist auch das Gewicht

32 Dazu gehören ohne Zweifel systematische Maßnahmen gegen die russische staatliche Propaganda im deutschsprachigen Raum bzw. in Deutschland. Das Internet ist überflutet von entsprechenden YouTube-Channels, fragwürdigen „Blogs“, die Artikeln der deutschen Online-Zeitungen werden massenhaft von den sogenannten „Trollen“ im Sinne Russlands kommen-tiert und so der Eindruck erweckt, diese Stimmung überwiege in der deutschen Bevölkerung. Hierfür sollten beispielsweise die Finanzierung und die Reichweite der Deutschen Welle und ihr deutsch-, russisch- sowie ukrainisch-sprachiges Angebots massiv ausgeweitet werden.

33 Mehr als 400 russische Militärmaschinen abgefangen, Neue Zürcher Zeitung, 30. Januar 2015, <http://nzz.ch/international/europa/1.18472402> (zuletzt geöffnet: 15. Juli 2019)

Deutschlands in der Welt. Deshalb muss Deutschlands politische Führung der Bevölkerung erklären, warum Europa Deutschlands Zukunft bleibt, was das Land und jeder Einzelne davon hat und was für dieses gemeinsame Europa getan werden muss.³⁴ Besonders vor dem Hintergrund der amerikanischen außen- und sicherheitspolitischen Zurückhaltung seit der Ära unter US-Präsident Barack Obama ist es nicht länger hinzunehmen, dass die Europäische Union sich nicht in der Lage sieht, wenigstens für ihr eigenes strategisches Umfeld diese amerikanische Zurückhaltung zu kompensieren.³⁵

Entwicklungsszenarien als Folge deutscher Einflussnahme

Entwicklungsszenario im Fall der 1. Handlungsoption: Stabilisierung der Ukraine, Unterstützung der ukrainischen Staatlichkeit und des Reformkurses, engere Kooperation mit der EU

Durch die Förderung von proeuropäischen politischen Eliten würde die Ukraine selbst dazu befähigt, eigene Staatlichkeit auf allen Ebenen zu schützen und weiter auszubauen. Dies würde zur dauerhaften politischen Stabilität im Land sowie zu einer wirtschaftlichen Entwicklung beitragen. Die Exportnation Deutschland könnte wieder mehr in die Ukraine mit ihren 44 Millionen Einwohnern exportieren, denn die Ausfuhrzahlen sind seit 2014 stark im Rückgang. Die Politik der Nichtanerkennung des ukrainischen Staatsgebiets auf der Krim als russisches Territorium würde nicht nur den Prozess einer Rückgabe der Halbinsel an die Ukraine deutlich erleichtern, sondern auch Russland davon abhalten, weitere ukrainische Gebiete, beispielsweise Donezk und Luhansk, zu annektieren oder gar die baltischen Staaten ins Visier zu nehmen.³⁶ Einen geeigneten Wirkungsindikator für diese Handlungsoption stellt sicherlich der jährlich erscheinende ENP Country Progress Report der Europäischen Kommission dar.

34 Klose, Hans-Ulrich/Polenz, Ruprecht: Wahre Werte, falsche Freunde. Deutschlands Partner sitzen im Westen: eine Erinnerung aus gegebenen Anlass, Internationale Politik (IP), September/Oktober 2011. S. 18-27, hier 24ff.

35 Keller, Patrick: Strategische Überlegungen zur Zukunft der deutschen Sicherheitspolitik, Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), 2015, Analysen & Argumente, Ausgabe, April 2017, 167, S. 3, http://www.kas.de/wf/doc/kas_41124-544-1-30.pdf?150426183411 (zuletzt geöffnet: 21. Dezember 2018)

36 Wie schnell die innenpolitische Lage in den baltischen Staaten eskalieren kann, zeigte der Streit zwischen Estland und Russland um ein sowjetisches Ehrenmal im Jahr 2007, bei dem die russischsprachige Minderheit in Tallin gewaltsam demonstrierte und es zu Straßenschlachten kam.

Entwicklungsszenario im Fall der 2. Handlungsoption: Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Ukraine

Jede Schwäche der Ukraine verleitet Russland zur Aggression. Eine verbesserte Verteidigungsbereitschaft der Ukraine dürfte langfristig zur mehr Zurückhaltung Moskaus beitragen. Sämtliche Verluste der offiziellen russischen Streitkräfte in der Ukraine wurden akribisch geheim gehalten.³⁷ Sogar ein entsprechendes Dekret von Präsident Putin wurde unterzeichnet.³⁸ Russland würde es höchstwahrscheinlich vermeiden wollen, dass Tausende russische Soldaten im Fall eines Angriffs getötet werden und öffentlich darüber berichtet wird, wodurch die Popularitätswerte Putins sinken könnten.

Eine verbesserte Verteidigungsbereitschaft könnte dem ukrainischen Staat weiterhin helfen, die von Russland besetzten Gebiete im Osten des Landes zu befreien und die Kontrolle über die eigenen Grenzen, so wie sie im Budapester Memorandum am 5. Dezember 1994 auch von Russland anerkannt wurden, wiederherzustellen und dauerhaft zu kontrollieren. Damit würde die Ukraine selbst für Stabilität in der Region sorgen, wovon auch die EU profitieren dürfte. Ein möglicher Wirkungsindikator für diese Handlungsoption wäre die Berichterstattung der OSZE aus der betroffenen Region.

Entwicklungsszenario im Fall der 3. Handlungsoption: Stärkung der Rolle Deutschlands im NATO-Bündnis, verbunden mit der Konsolidierung der EU und der Aufrechterhaltung der Sanktionen gegen Russland

Das Verhalten Russlands mit der anhaltenden Besetzung der Krim zeigt, dass Moskau die internationale Sicherheitsordnung nicht anerkennt und sich an die verbindlichen Vereinbarungen im Budapester Memorandum nicht gebun-

37 So wie beispielsweise im Fall der in der Ukraine gefallenen russischen Fallschirmjäger aus Pskow im Jahr 2014.

38 Putin macht tote Soldaten zum Staatsgeheimnis, Zeit Online, 2015, 28. Mai 2015, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-05/ukraine-konflikt-putin-getoetete-soldaten-staatsgeheimnis> (zuletzt geöffnet: 15. Juli 2019)

den fühlt.³⁹ Der deutsche Beitrag zur NATO muss deshalb die Relevanz des Bündnisses bestätigen. Gerade vor dem Hintergrund des Russland-Ukraine-Konflikts sollte die Sicherheitslage des Bündnisses nicht mehr primär aus deutscher Sicht, sondern aus Sicht der europäischen Peripherie beurteilt werden: Die Solidarität, die Deutschland in Zeiten des Kalten Krieges als Frontstaat erhielt, schuldet es heute den Ländern an der Peripherie Europas und der NATO insgesamt. Zweifel an deutscher Bündnissolidarität darf es nicht geben.⁴⁰ Da Russland das Bündnis immer wieder herausfordert, würde ein starkes Bündnis eine adäquate Antwort auf jegliche Destabilisierungsversuche sein und besonders die Peripheriestaaten dauerhaft absichern. Ein möglicher Wirkungsindikator hierfür könnte die Zahl der Vorfälle im Luftraum zwischen Russland und der EU darstellen. Ausgehend von der Logik dieser Handlungsoption könnte die Zahl der Luftraumverletzungen sinken.

Fazit

Im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine werden die Bundesrepublik und die gesamte Weltöffentlichkeit mit einer Vorgehensweise aus dem 19. Jahrhundert konfrontiert. Durch diese Entwicklung ist die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik besonders herausgefordert. Doch wie soll die Reaktion Deutschlands aussehen? In dem Beitrag wurden drei verschiedene Handlungsoptionen erläutert und mögliche Entwicklungsszenarien vorgestellt.

Die erste Handlungsoption zielt auf den Kern des Problems: die Stabilisierung der Ukraine, die Unterstützung der ukrainischen Staatlichkeit und des Reformkurses der proeuropäischen Regierung sowie die Förderung einer engeren Kooperation zwischen der Ukraine und der EU. Eine weitere Handlungsoption kann dazu beitragen, die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine zu stärken. Letztlich wurde eine dritte Handlungsoption erörtert, welche auf die Stärkung der Rolle Deutschlands im NATO-Bündnis abzielt, verbunden mit der Konsolidierung der EU und der Aufrechterhaltung der Sanktionen gegen Russland. Dabei sollen die drei Handlungsoptionen als einander ergänzende Maßnahmen verstanden werden.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass vor dem Hintergrund eines beispiellosen Bruchs des Völkerrechts mittels eines „unerklärten“ hybriden

39 Siehe dazu auch: Keller, Patrick: Strategische Überlegungen zur Zukunft der deutschen Sicherheitspolitik, Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), 2015, Analysen & Argumente, Ausgabe 167, April 2015, http://www.kas.de/wf/doc/kas_41124-544-1-30.pdf?150426183411, (zuletzt geöffnet: 15. Juli 2019)

40 Klose, Hans-Ulrich/Polenz, Ruprecht: Wahre Werte, falsche Freunde. Deutschlands Partner sitzen im Westen: eine Erinnerung aus gegebenem Anlass, Internationale Politik (IP), September/Oktober 2011. S. 18-27, hier S. 19

Krieges Russlands in der Ukraine und speziell auf der Krim eine verstärkte Entwicklung von militärischen Fähigkeiten innerhalb der NATO als Antwort auf die neue Sicherheitslage vorangetrieben werden sollte. All das heißt keinesfalls, dass Deutschland auf die militärische Lösung des Konflikts setzen sollte. Die diplomatische Lösung hat Priorität. Vielmehr sollte man nach dem Prinzip agieren, die Dialogbereitschaft könne nur aus der Position der militärischen Stärke heraus wirklich hergestellt werden. Somit ergibt sich eine Doppelstrategie für die vorausschauende Außen- und Verteidigungspolitik Deutschlands: die Absicherung durch die Verstärkung der Verteidigungsbereitschaft einerseits und der Dialogbereitschaft mit Russland andererseits. Nichthandeln im Russland-Ukraine-Konflikt wäre in dieser Situation gefährlich und verantwortungslos.